
Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und dessen Finanzierung in Österreich

Franziska Disslbacher, Julia Hofmann

1. Das Revival des Wohlfahrtsstaates in der öffentlichen Debatte

Spätestens seit der Covid-19-Krise erlebt der Wohlfahrtsstaat¹ in der öffentlichen Debatte ein Revival. Im internationalen Vergleich hat sich der österreichische Wohlfahrtsstaat in den letzten Monaten als relativ leistungsstark erwiesen (Redaktion „Wirtschaft und Gesellschaft“ 2021). Dies wird von den in Österreich lebenden Menschen auch durchaus wertgeschätzt: Rund zwei Drittel der Befragten einer aktuellen Studie, die sich mit den Einstellungen zum Sozialstaat im Verlauf der Covid-19-Pandemie beschäftigt, waren 2020 der Ansicht, dass der Sozialstaat seit Beginn der Corona-Krise wichtiger geworden sei (Liedl und Steiber 2021).

Doch schon vor der Corona-Krise waren die in Österreich lebenden Menschen große BefürworterInnen sozialstaatlicher Leistungen, wie zahlreiche wissenschaftliche Studien gezeigt haben (siehe u.a. Eichmann et al. 2019; Grausgruber 2019; Schadauer et al. 2019). Dies mag auch daran liegen, dass der österreichische Wohlfahrtsstaat Einkommen umverteilt und für große Teile der Bevölkerung zahlreiche Leistungen bereitstellt. Ein Umbau, etwa in Form des Abbaus von Leistungen und einer verstärkten Individualisierung sozialer Risiken, fand in Österreich außerdem in geringerem Umfang als in anderen europäischen Ländern statt; partiell war sogar ein Ausbau bzw. eine Weiterentwicklung, z.B. im Pflegesystem oder bei der Einführung einer Mindestsicherung, zu verzeichnen (Tálos und Obinger 2020). Dennoch gibt es weiterhin Lücken und Verbesserungspo-

¹ Die Begriffe Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat werden in diesem Beitrag, wie in der deutschen Sprache üblich, synonym verwendet. Grundsätzlich bezeichnet der Begriff des Sozialstaates ein auf die Sozialversicherung und damit auf die Absicherung gegen Lebensrisiken beschränktes soziales Sicherungssystem. Der Begriff des Wohlfahrtsstaates ist oft breiter gefasst, da dieser auch andere soziale Sicherungssysteme und die Idee der Armutsreduktion umfasst. Insbesondere in der öffentlichen und medialen Debatte wird der Begriff Sozialstaat häufig für das breitere Konzept des Wohlfahrtsstaates verwendet. Die in diesem Beitrag präsentierte Analyse befasst sich grundsätzlich mit dem breiteren Konzept des Wohlfahrtsstaates.

tentiale, die nicht erst seit der Corona-Krise offensichtlich sind, wie im Gesundheits- und Pflegesystem, bei der Arbeitslosenunterstützung, der Wiedereingliederung von (Langzeit-)Beschäftigungslosen in den Arbeitsmarkt, in der Gleichstellungspolitik oder der frühkindlichen Bildung (Wöss 2020).

Eine bislang wissenschaftlich kaum beleuchtete Frage ist jene nach den Einstellungen der Bevölkerung zu den diskutierten wohlfahrtsstaatlichen Ausbau- und Verbesserungsmöglichkeiten. Wie blicken die in Österreich lebenden Menschen auf einen solchen etwaigen Ausbau? Wird er eher befürwortet oder abgelehnt? Welche Teilbereiche sollen eher ausgebaut werden, für welche wird derzeit bereits genug Geld ausgegeben? Diese und andere Fragen waren Gegenstand einer vor der Covid-19-Krise (im Jahr 2018) von der AK Wien durchgeführten repräsentativen Befragung, deren Ergebnisse im Folgenden präsentiert werden.

Wenn von einem etwaigen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen die Rede ist, stellt sich weiters vielfach die Frage nach dessen Finanzierung. Zahlreiche Vorschläge, wie eine Einführung/Erhöhung von vermögensbezogenen oder Unternehmenssteuern, eine Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuer oder von Sozialversicherungsbeiträgen, aber ebenso Vorschläge zur Kürzung der Ausgaben im Bereich der Verwaltung oder eine Einschränkung der Leistungen nur für bestimmte Gruppen (z.B. österreichische StaatsbürgerInnen) sind in der öffentlich-medialen Debatte zu finden. Im Rahmen der Befragung wurde auch hierzu die Einstellungen der in Österreich lebenden Menschen abgefragt: Welche Finanzierungsoptionen werden eher befürwortet, welche eher abgelehnt?

Erste Ergebnisse des Austrian Corona Panel (Kalleitner und Schmitt 2020) deuten darauf hin, dass es in der österreichischen Bevölkerung eine Vorstellung davon gibt, wie die Kosten der aktuellen Krise finanziert werden sollen: Die höchste Zustimmung hat die Einführung einer Vermögenssteuer – gefolgt von der Erbschaftssteuer. Eine höhere Einkommenssteuer erfährt nur dann mehr Zustimmung als Ablehnung, wenn diese Menschen mit hohem Vermögen, Einkommen oder Erbschaften trifft. Zeigt sich bei einem etwaigen wohlfahrtsstaatlichen Ausbau ein ähnliches Bild?

Bisherige Arbeiten erklären die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat vor allem anhand individueller Charakteristika und politischer Einstellungen. Wir ergänzen diese Arbeiten insofern, als wir neben den Einstellungen zu vorhandenen Leistungen des Wohlfahrtsstaates auch auf die Präferenzen hinsichtlich des Ausbaus von Leistungen und dessen potentieller Finanzierung eingehen.

2. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und Umverteilungspräferenzen

Diese Arbeit knüpft an zwei wissenschaftliche Forschungsstränge an, die sich mit Fragen zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat beschäftigen. Das sind zum einen Studien über die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen, zum anderen Arbeiten über die Präferenzen zu seiner Finanzierung sowie zur Art und dem Ausmaß der Umverteilung über die Einnahmen- und Ausgabenseite.

In der Forschung zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat wird etwa nach der Zustimmung oder Ablehnung der allgemeinen Prinzipien von Wohlfahrtsstaaten und deren konkreter Ausgestaltung gefragt. Darauf aufbauend werden Länderunterschiede, u.a. anhand der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen, etwa der Wohlfahrtsstaatsregime nach Esping-Andersen (1990), und Unterschiede innerhalb der Länder nach demographischen und/oder sozioökonomischen Kriterien herausgearbeitet. Eine zentrale Erkenntnis vieler dieser Studien ist die breite Zustimmung zu Leistungen des Wohlfahrtsstaates. In manchen Ländern steht dieser deutlichen Befürwortung der Leistungen ein Rückbau ebendieser gegenüber (Svallfors 2003; van Oorschot et al. 2012). Ländervergleiche zeigen auch, dass die Zustimmung zur Umverteilung über den Wohlfahrtsstaat mit dem Umfang des sozialen Sicherungsnetzes steigt. Innerhalb der Länder zeigen sich meist wenige Unterschiede nach soziodemographischen bzw. sozioökonomischen Merkmalen. Wichtiger erscheinen subjektive Faktoren, wie Gerechtigkeitsvorstellungen, Gesellschaftsbilder oder politische Einstellungen (Hadler 2005; Kulin und Svallfors 2013).

Die Forschung zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat hat in den Sozialwissenschaften lange Tradition. Dafür notwendige Daten werden auch regelmäßig in internationalen Umfrageprogrammen wie dem International Social Survey Programme (ISSP) oder dem European Social Survey (ESS) erhoben. Zahlreiche in den letzten Jahren erschienene Publikationen fragen außerdem explizit nach den Einstellungen zum Sozialstaat in Österreich; eine kleine Auswahl wollen wir hier vorstellen.

Auf Basis der Daten des Sozialen Survey Österreich legt u.a. Grausgruber (2019) eine Längsschnittanalyse über 30 Jahre vor. Die Ergebnisse zeigen eine bedeutende Zunahme in der Befürwortung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Stabil bleibt die Einschätzung jener Bereiche, für die der Staat nach Ansicht der Bevölkerung zuständig sein soll (wie z.B. Pensionen, Gesundheit, Sicherheit). In Hinblick auf die Frage, ob der Staat für mehr Gleichheit und soziale Sicherheit sorgen soll, zeigen sich Unterschiede nach sozialen und soziodemographischen Merkmalen: Ältere Menschen, jene mit höherer Schulbildung, in besserer finanzieller Situation und auch politisch links Stehende befürworten dieses Anliegen eher.

Eine Arbeit von Eichmann et al. (2019) fragt nach Einstellungen zu den *Konsequenzen* des Wohlfahrtsstaates. Hier zeigt sich, dass die Zustimmung zu positiven Konsequenzen (z.B. „führt zu einer gerechteren Gesellschaft“) hoch ist, während negative moralische (z.B. „macht Menschen faul“) oder negative ökonomische (z.B. „ist eine starke Belastung für die Wirtschaft“) weniger stark verbreitet sind. Auch Eichmann et al. (2019) sehen in der österreichischen Bevölkerung keine Mehrheit für einen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen oder für eine Änderung des Wohlfahrtsstaatsregimes in Richtung mehr Liberalismus. Außerdem zeigen sie, dass sozialstrukturelle Merkmale bzw. eigene Erfahrungen mit dem Sozialstaat kaum Einfluss auf die Einstellungen haben. Relevant sind vielmehr politische Orientierungen, Werte bzw. Gesellschaftsbilder: Personen, die autoritär eingestellt sind, ein geringeres Institutionenvertrauen haben oder für mehr Leistungsgerechtigkeit sind, befürworten bspw. die negativen moralischen Konsequenzen von sozialstaatlichen Leistungen mehr.

Schadauer et al. (2019) schließlich gehen der Frage nach, wo die Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität in Österreich gezogen werden. Auch diese Arbeit (2019, 393) zeigt eine breite Akzeptanz von sozialstaatlichen Leistungen in Österreich und kann keine allgemeine Verschiebung in Richtung „weniger Staat, mehr privat“ feststellen. Schadauer et al. (2019) arbeiten allerdings Unterschiede in der Einstellung heraus, wem die Unterstützungsleistungen des Sozialstaates zukommen sollen. So ist ein Großteil der ÖsterreicherInnen gegen Kürzungen bei kinderreichen Familien, während Kürzungen bei Flüchtlingen bzw. Langzeitarbeitslosen eher befürwortet werden. In Hinblick auf die Erklärungsfaktoren für diese Einstellungsmuster verweisen die AutorInnen wiederum auf die Bedeutung von Gesellschaftsbildern und politischen Ausrichtungen bzw. Ansichten: Autoritäre Einstellungen, eine Idealisierung des Leistungsprinzips oder politische Deprivationsgefühle korrelieren stark mit bestimmten Kürzungs- und Grenzziehungswünschen.

Was in den meisten Studien dieses Forschungsstranges unbeachtet bleibt, sind Fragen der Finanzierung: Wer soll wie viel für den Wohlfahrtsstaat zahlen? Wie soll ein etwaiger Ausbau sozialstaatlicher Leistungen finanziert werden? Diese Finanzierungsfragen werden in einem zweiten Forschungsstrang adressiert, der sich mit den (Finanzierungs-)Präferenzen von Menschen auseinandersetzt (siehe u.a. Zens und Warum 2019). Arbeiten in diesem Bereich sind im Gegensatz zur Forschung zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat oft auf (Survey-)Experimenten basierende Arbeiten mit dem Ziel, individuelle Handlungspräferenzen zu modellieren (Edlund 1999; Reed-Arthurs und Sheffrin 2010). Im Fokus steht dabei meist, der Theorie der rationalen Wahl folgend, das Individuum und seine Handlungen: Unter welchen Umständen ist ein Mensch bereit, wie viel

Geld für welche Leistung zu bezahlen? Die gesellschaftlichen Strukturen, in denen diese Entscheidungen entstehen, werden dabei häufig ausgeblendet, erst jüngere Arbeiten versuchen die Entstehung dieser Präferenzen in ihren sozioökonomischen Kontext einzubetten und herauszuarbeiten, wie Menschen Umverteilung über den Staat wahrnehmen und einschätzen.

Grundsätzlich orientiert sich diese Arbeit am ersten Forschungszweig. Gleichzeitig fokussieren wir auch auf Fragen der Finanzierung, die bislang nur in wenigen Untersuchungen des ersten Stranges angesprochen wurde. Exemplarisch haben Bandau et al. (2017) für Deutschland bereits versucht diese Verbindung herzustellen. Ihre Arbeit wirft die Frage auf, wie angesichts eines breiten Zuspruchs in der Bevölkerung für einen Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen die Finanzierung dieses Ausbaus nach Ansicht der Bevölkerung gelingen soll. Die Studie zeigt, dass in Deutschland nur zwei Finanzierungsvorschläge, nämlich eine stärkere Besteuerung von Unternehmen und von Vermögen, gesellschaftliche Mehrheiten finden. Andere Vorschläge wie die Erhöhung der Einkommenssteuer oder der Sozialbeiträge werden dagegen von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. Interessanterweise kommen Bandau et al. (2017) bezüglich der Finanzierungspräferenzen zu einem ähnlichen Schluss wie die (bereits erwähnten) Studien zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen: Nicht das ökonomische Eigeninteresse der Einzelnen oder sozioökonomische Kriterien prägen deren Finanzierungspräferenzen. Vielmehr sind diese Präferenzen von politischen Einstellungen und Gesellschaftsbildern geprägt, etwa den Einstellungen zu sozialer Ungleichheit oder den Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat generell.

In diesem Beitrag interessiert zunächst die Zustimmung zum gegenwärtigen konservativen Wohlfahrtsstaat in der österreichischen Bevölkerung. Angesichts anhaltender Debatten über Kürzung versus Ausbau seiner Leistungen fragen wir, ob andere Wohlfahrtsstaatsmodelle – insbesondere das in skandinavischen Ländern dominierende sozialdemokratische Modell und das liberale Wohlfahrtsstaatsmodell – eine höhere oder niedrigere Zustimmung erfahren. Die Debatte rund um Ausbau bzw. Kürzung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird zudem häufig von Fragen nach der Finanzierung des Sozialstaates und der Umverteilung durch ihn begleitet. Offen ist jedoch noch, in welchen Bereichen ein Ausbau bzw. eine Reduktion von der Bevölkerung befürwortet wird und wie ein etwaig gewünschter Ausbau ihrer Ansicht nach finanziert werden soll. Auch diesen Aspekten geht der vorliegende Beitrag nach.

Wir gehen davon aus, dass sich in Österreich grundsätzlich ein ähnliches Bild wie in Deutschland zeigt. Aufgrund des relativ gut ausgebauten Sozialstaates erwarten wir eine große Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in der österreichischen Bevölkerung. Konkret erwarten

wir eine deutlich größere Zustimmung zu als Ablehnung von sozialstaatlichen Leistungen (These 1). Wir erwarten auch, dass sich die Befragten eher einen Ausbau und eben keinen Rückbau des Sozialstaates wünschen (These 2). Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass subjektive Wahrnehmungen (wie die Erwartungen an den Sozialstaat oder die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit) die Einstellungen zum Sozialstaat und seiner zukünftigen Finanzierung prägen, der Einfluss von individuellen (z.B. soziodemographischen) Charakteristika hingegen nur marginal relevant ist (These 3). Außerdem erwarten wir auch für Österreich hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung des Sozialstaates Mehrheiten für die Erhöhung/Einführung von Vermögens-, Erbschafts- oder Unternehmenssteuern und keine Mehrheiten für die Erhöhung bestehender Finanzierungsformen wie der SV-Beiträge oder der Einkommenssteuer (These 4).

3. Methode und Operationalisierung

Wir haben im August und September 2018 in Österreich lebende Menschen über ihre Einstellungen zum Erhalt bzw. Ausbau sozialstaatlicher Leistungen sowie unterschiedliche Varianten der sozialstaatlichen Finanzierung im Rahmen einer repräsentativen Umfrage (computergestützte telefonische Interviews (CATI) und Onlinebefragung, $n = 1000$) befragt. Der Fragebogen war an die erwähnte Arbeit von Frank Bandau et al. (2017) angelehnt. In diesem Kapitel erklären wir zunächst die Operationalisierung der Zustimmung zu Wohlfahrtsstaatsregimen und die zentralen verwendeten Konzepte bzw. Variablen (a–c). Wir skizzieren weiters unsere methodischen Ansätze zur Beantwortung der Forschungsfragen und zur Überprüfung der Thesen 1 bis 4 (d).

a) Messung der Präferenzen für verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime

Unsere Messung der Präferenzen für verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime baut auf der Typologie von Wohlfahrtsstaaten nach Esping-Anderesen (1990) auf. Dieses von uns herangezogene einfachste Modell unterscheidet zwischen einem sozialdemokratischen, einem konservativen und einem liberalen Wohlfahrtsstaatsregime.² Diese stilisierende Typologie war in den letzten Jahrzehnten Gegenstand anhaltender Kritik und Debat-

² Die Kategorisierung der Länder ergibt sich aus dem Ausmaß der Dekommodifizierung, der Bedeutung des Wohlfahrtsstaates bei der Veränderung bzw. Erhaltung der gegebenen sozialen Stratifikation und der relativen Bedeutung des Staates, des privaten Bereiches und des Non-Profit-Sektors als Hervorbringer von sozialer Wohlfahrt.

ten (siehe etwa Pierson 1998; Arts und Gelissen 2002). Die Diskussionen bezogen sich insbesondere auf das Fehlen der südeuropäischen Länder und anderer Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen in der ursprünglichen Analyse von Esping-Andersen (1990) sowie auf die Geschlechtsblindheit der Typologie und ihrer Grundlagen; kritisiert wurden zudem Esping-Andersens Fokus auf die klassischen Bereiche der Sozialversicherung und der fehlende Blick auf andere Bereiche des Wohlfahrtsstaates (etwa Bildung und das Gesundheits- und Pflegesystem im weiteren Sinne). Diese Debatten haben sich überwiegend in der ländervergleichenden Wohlfahrtsstaats- und Sozialpolitikforschung entfaltet und zu vielfältigen Erweiterungen geführt.

Da dieser Beitrag auf Österreich fokussiert und wir uns für die Zustimmung zu den Modellen in ihrer – im theoretischen Sinne – idealen Ausprägung interessieren, arbeiten wir jedoch in weiterer Folge mit dem einfachen Modell, das lediglich zwischen sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten unterscheidet. Das sozialdemokratische Regime ist insbesondere durch universell zugängliche und vergleichsweise hohe Leistungen, einen interventionistischen Staat und eine ausgeprägte Einkommensumverteilung charakterisiert. Im liberalen Regime sind staatliche Leistungen minimal, der Zugang zu Leistungen ist stark reglementiert, die Verantwortung für die Absicherung gegen Lebensrisiken wird in erster Linie beim Individuum verortet. Im konservativen Modell spielt die Absicherung über die Familie eine große Rolle, Leistungen sind an das (Erwerbs-)Einkommen gebunden und auf den Erhalt sozialer Hierarchien ausgerichtet.

Da diese Modelle ein theoretisches Konstrukt sind und sich auf individueller Ebene durchaus Ambivalenzen in der Zustimmung zu den Modellen ergeben können, mussten die Befragten ($i = 1, \dots, N$) in fünf Politikfeldern ($k = 1, 2, 3, 4, 5$) ihre Zustimmung zu bzw. Ablehnung von stilisierten Aussagen bzw. Konzepten je Wohlfahrtsstaatsregime ($j = 1, 2, 3$) ausdrücken. Die Befragten bewerteten in jedem Politikfeld drei Aussagen, die jeweils einem der drei Wohlfahrtsstaatsregime zuzuordnen sind.³

Die fünf Politikfelder sind Pensionen, Pflege, Gesundheit, Arbeitslosenunterstützung und Kinderbetreuung. Diese Auswahl basiert auf deren Prominenz im öffentlichen Diskurs (Kinderbetreuung) und deren zentraler Rolle im Versicherungssystem des österreichischen Wohlfahrtsstaates

³ Im Politikfeld Pensionen waren dies bspw. die folgenden drei Aussagen: a) Alle Menschen in Österreich sollen eine staatliche Mindestpension erhalten. Unabhängig davon wie viel der Partner/die Partnerin oder sie selbst vorher verdient haben. (sozialdemokratisches Regime); b) Die Höhe der Pension soll sich vor allem danach richten, wie lange und in welcher Höhe jemand in die staatliche Pensionsversicherung einbezahlt hat. (konservatives Regime); c) Die Menschen sollen selbst ausreichend private Vorsorge für das Alter betreiben. (liberales Regime).

Tabelle 1: Raster zur Messung der Präferenzen für den sozialdemokratischen/konservativen/liberalen Wohlfahrtsstaat

Politikfeld (k)	Wohlfahrtsstaatsregime (j)		
	Sozialdemokratisches Wohlfahrtsstaatsregime	Konservatives Wohlfahrtsstaatsregime	Liberales Wohlfahrtsstaatsregime
Pensionen	Alle Menschen in Österreich sollen eine staatliche Mindestpension erhalten. Unabhängig davon, wie viel der Partner/die Partnerin oder sie selbst vorher verdient haben.	Die Höhe der Pension soll sich vor allem danach richten, wie lange und in welcher Höhe jemand in die staatliche Pensionsversicherung einbezahlt hat.	Die Menschen sollen selbst ausreichend private Vorsorge für das Alter betreiben.
Pflege	Alle Menschen sollen einen Anspruch auf einen staatlich finanzierten Pflegeplatz haben.	Man sollte für die staatliche Pflegebetreuung teilweise/weitgehend selbst bezahlen, u.a. auch durch den Pflegeregress.	Die Menschen sollen selbst ausreichend private Pflegeversicherungen abschließen.
Gesundheit	Alle Menschen, die in diesem Land leben, sollen gleichen Anspruch auf die staatliche medizinische Versorgung haben.	Für staatliche Gesundheitsleistungen sollten von den Patienten und Patientinnen Selbstbehalte (z.B. Arztgebühren, Ambulanzgebühren) eingehoben werden.	Die staatliche Krankenversicherung sollte nur grundlegende Gesundheitsleistungen bereitstellen. Darüber hinaus sollen sich die Menschen über eine private Krankenversicherung absichern.
Arbeitslosenunterstützung	Alle Arbeitslosen sollten einen Pauschalbetrag erhalten, unabhängig davon wie lange sie vorher erwerbstätig waren oder wie viel sie in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben.	Die Höhe des Arbeitslosengeldes soll sich ausschließlich danach richten, wie lange und in welcher Höhe ein Arbeitsloser bzw. eine Arbeitslose zuvor Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat.	Arbeitslose sollen nur dann Geld vom Staat erhalten, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus Gespartem bestreiten können, ihnen Armut droht.
Kinderbetreuung	Die Betreuung in den Kindergärten sollte in ganz Österreich (inklusive Nachmittag) kostenlos sein.	Die Eltern sollten teilweise selbst für die Kinderbetreuung aufkommen. Es ist daher in Ordnung, wenn der Staat einen Beitrag von den Eltern einhebt.	Für die Betreuung der Kinder sollen Eltern privat aufkommen. Die Familienbeihilfe ist als Unterstützung für Eltern ausreichend.

(Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit). Die Grundlage für unsere Messung der Präferenzen für verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime sind folglich 15 Fragen ($k * j = 15$). Jeder Aussage in Tabelle 1 entspricht eine Frage im Fragebogen. Die RespondentInnen konnten jeder Aussage *völlig, teilweise, eher nicht, oder gar nicht* zustimmen (4-Punkte-Likert-Skala).⁴ Um Falschangaben und Messfehler zu reduzieren, wurde die Reihenfolge der den Regimen entsprechenden stilisierten Aussagen je Politikfeld und bei jeder RespondentIn randomisiert. Wir analysieren den Einfluss individueller Charakteristika, politischer Einstellungen und Wahrnehmungen von Ungleichheit auf die Zustimmung zu bzw. Ablehnung von jedem der drei Wohlfahrtsstaatsregime. Daher haben wir die k -Antworten je Regime j für

⁴ Unabhängig davon, wie die Sozialpolitik in Österreich derzeit gestaltet ist, haben Menschen ja *grundsätzliche Vorstellungen* und Meinungen darüber, wie eine gute Sozialpolitik gestaltet sein sollte. Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie der jeweiligen Aussage (i) völlig zustimmen (ii) teilweise zustimmen (iii) eher nicht zustimmen (iv) gar nicht zustimmen.

jede befragte Person aggregiert, das heißt, wir erklären die völlige/teilweise/eher nicht/gar nicht vorhandene Zustimmung zu jedem Regime. Konkret haben wir für jeden und jede RespondentIn je Regime eine binäre Variable gebildet. Diese nimmt den Wert 1 ([vollständige] Zustimmung) an, wenn in den k -Feldern die völlige und teilweise Zustimmung überwiegt, und den Wert 0 (eher nicht/gar nicht vorhandene Zustimmung), wenn die Ablehnung des Modells überwiegt.

Üblicherweise wird die Zustimmung zu einzelnen Wohlfahrtsstaatsregimen in Befragungen sehr abstrakt abgefragt („Soll der Staat, die Familie oder der Markt für sozialstaatliche Leistungen aufkommen?“). Wir haben uns für diese detaillierte Matrix in einzelnen Politikfeldern entschieden, um an den unmittelbaren Lebenserfahrungen von Menschen anzudocken und weil wir uns dadurch eine konkretere Quantifizierung der Präferenzen erwartet haben. Darüber hinaus war unser Ziel explizit *nicht* herauszufinden, ob die Befragten wissen, wie das Sozialsystem in den einzelnen Politikfeldern tatsächlich aufgebaut ist, sondern ihre Zustimmung bzw. Ablehnung und Wünsche abzufragen. Wir können auf Basis dieser Matrix zudem Ambivalenzen in den Einstellungen (etwa Zustimmung zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodell bei der Arbeitslosenversicherung und Zustimmung zum konservativen Modell im Bereich der Kinderbetreuung) einfangen. Es gab stets auch die Möglichkeit der Enthaltung, wenn RespondentInnen in einem Politikfeld keine Meinung/Erfahrung vorweisen konnten/wollten.

b) Möglichkeiten der Finanzierung eines Ausbaus des Wohlfahrtsstaates

Ein zweiter zentraler Bereich unserer Analyse sind die Präferenzen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates. Auch diese messen wir anhand der Zustimmung zu bzw. Ablehnung von verschiedenen Finanzierungsvorschlägen. Die RespondentInnen sollten wiederum mehreren Maßnahmen *voll und ganz, eher, eher nicht, oder überhaupt nicht* zustimmen. Diese Finanzierungsvorschläge sind:

- Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuer
- Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung
- höhere Steuern auf große Vermögen
- Einführung einer Erbschaftssteuer
- höhere Steuern auf Grundstücke und Immobilien
- Kürzung von Leistungen in den Sozialversicherungen und bei öffentlichen Dienstleistungen
- höhere Steuern für Unternehmen
- Kürzungen bei der Verwaltung
- öffentliche Leistungen nur für österreichische StaatsbürgerInnen

Diese exemplarischen Finanzierungsformen bilden einerseits tatsächliche Formen der Finanzierung ab und greifen andererseits öffentliche und politische Diskurse rund um die zukünftige Finanzierung von Leistungen auf. Auf der einen Seite stehen Finanzierungsoptionen über die Einführung höherer oder neuer Steuern mit (potentiell) verschiedenen Verteilungswirkungen, auf der anderen Seite Finanzierungsoptionen über Leistungskürzungen, die Einschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten und/oder die Kürzung des Verwaltungsaufwandes. Auch hier stand nicht das Wissen über die tatsächliche oder eine realistische Einschätzung der Finanzierung (eines Ausbaus) sozialstaatlicher Leistungen im Zentrum, sondern es ging uns vielmehr um die Verbreitung bestimmter Einstellungen zu diskutierten Finanzierungsoptionen.

c) Sonstige Variablen

Um ein umfassendes Bild von den Einstellungen zum Sozialstaat und zu dessen Finanzierung zu gewinnen, beinhaltete der Fragebogen eine Reihe von Fragen i) zur Verortung der Verantwortung für die Absicherung gegen Lebensrisiken und Bereitstellung bzw. Finanzierung sozialer Infrastrukturen im privaten bzw. öffentlichen Bereich, ii) zur Wahrnehmung von Ungleichheit, iii) zum individuellen Gefühl der Absicherung durch den Sozialstaat, iv) zu den Wünschen nach seiner Stärkung und v) eine breite Palette an demographischen und sozioökonomischen Charakteristika und Variablen zur Verortung der RespondentInnen in politischen Milieus.

d) Methodische Herangehensweise

Wir arbeiten mit deskriptiven Statistiken, Regressions- und Zerlegungsmethoden. Anhand logistischer Regressionen quantifizieren wir den Einfluss von individuellen Charakteristika und Einstellungen auf die Präferenzen für die Wohlfahrtsstaatsmodelle. Wir schätzen diese Modelle anhand der De-facto-Standardmethode Maximum-Likelihood⁵. Die abhängige Variable (Y_i) dieser Modelle ist eine binäre Variable, diese wird entsprechend folgendem Grundmodell geschätzt:

$$\Pr(Y_i = 1 | z) = G(\beta_0 + \beta_1 X_i + \varepsilon_i)$$

Dabei ist $G(z)$ die kumulative Verteilungsfunktion der logistischen Verteilung $\left(G(z) = \frac{\exp(z)}{1 + \exp(z)}\right)$, welche Werte zwischen 0 und 1 annimmt. Wir stellen also sicher, dass die geschätzte Wahrscheinlichkeit der abhängigen

⁵ Das heißt, wir definieren die Dichtefunktion von Y_i konditional auf z_i als $f(y|z_i, \beta) = G(z_i, \beta)^y [1 - G(z_i, \beta)^{(1-y)}]$ für alle Y_i zwischen 0 und 1.

Variable Y_i nicht über oder unter dem Wert von 0 bzw. 1 liegt. Wir nehmen an, dass der Fehlerterm ε_i einen Mittelwert von 0 und eine konstante Varianz hat. X ist die Matrix der abhängigen Variablen und β_1 der dazugehörige Vektor mit den unbekanntem Koeffizienten, die wir ebenso wie den Interzept (β_0) schätzen. Wir stellen die Ergebnisse dieser Regressionen in Form von durchschnittlichen marginalen Effekten (AME) dar. Diese Effekte geben die durchschnittliche Änderung in der Wahrscheinlichkeit an, dass die abhängige Variable wahr ist, also den Wert 1 annimmt. Zudem bestimmen wir den Beitrag jeder einzelnen Variable der Matrix X zur Erklärungskraft des gesamten Modells anhand einer Dekompositionsmethode. Dadurch können wir die Frage beantworten, ob demographische Merkmale (z.B. Alter und Geschlecht) relativ wichtiger sind als etwa politische Einstellungen. Grundgesamtheit ist die Wohnbevölkerung Österreichs ab 18 Jahren. Alle Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Einkommenskategorien und Eigentum am Hauptwohnsitz gewichtet. Wir haben die von uns berechneten Gewichte so eingeschränkt, dass Extremwerte an den Rändern der Verteilung der Gewichte vermieden werden. Wir erklären zunächst die Zustimmung zum sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Modell des Wohlfahrtsstaates gesondert anhand individueller Charakteristika, politischer Einstellungen und der Wahrnehmung des Sozialstaates sowie der Ungleichheit. Anschließend stellen wir ausgewählte Ergebnisse zu den Präferenzen in Bezug auf den Ausbau des Sozialstaates und auf dessen Finanzierung vor.

4. Ergebnisse

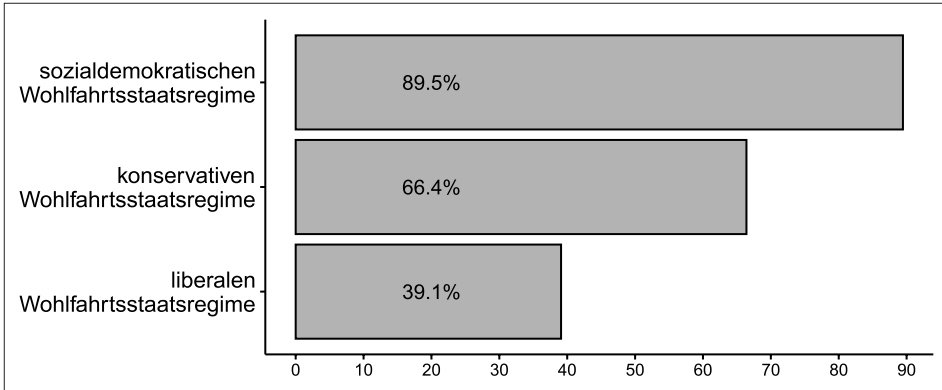
a) Welches Wohlfahrtsstaatsmodell wird präferiert?

Wie die bereits zitierten Studien zu den Einstellungen zum Sozialstaat in Österreich sehen auch wir eine sehr breite Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen: In Österreich wünschen sich unseren Daten zufolge sogar rund 90%⁶ der Befragten eine Ausweitung des Sozialstaates in Richtung eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates nach skandinavischem Vorbild (siehe Graphik 1). Im Kern dieses Modelles steht die Idee, dass der Staat in allen sozialen Bereichen großzügige Leistungen bereitstellt, und zwar für alle EinwohnerInnen. Die Literatur über Wohlfahrtsstaatsregime charakterisiert den österreichischen Sozialstaat meist als ein konservatives Wohlfahrtsstaatsmodell. Dieses ist mit einer Zustimmung

⁶ Jeder und jede RespondentIn wurde als einem Modell „zustimmend“ charakterisiert, wenn über die fünf Politikfelder hinweg die Antwortmöglichkeiten *stimme völlig zu* und *stimme teilweise zu* (im Vergleich zu *stimme eher nicht zu*, *stimme gar nicht zu* und *keine Angabe*) überwogen.

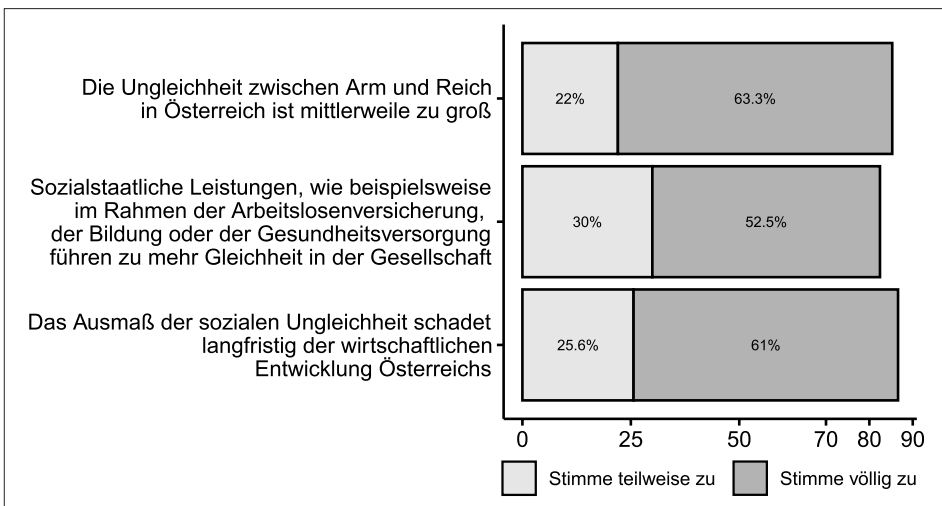
von 66% allerdings erst die zweite Wahl der Befragten. Das liberale Wohlfahrtsstaatsmodell wird gar nur von 39% befürwortet.

Graphik 1: Zustimmung zu den Wohlfahrtsstaatsmodellen (in %)



Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, n = 1000. Die Abbildung zeigt den Bevölkerungsanteil in der Zustimmung zum liberalen/konservativen/sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime in den Dimensionen Pensionen, Pflege, Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Kinderbetreuung.

Graphik 2: Einstellungen zu sozialer Ungleichheit (völlige/teilweise Zustimmung in %)



Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, n = 1000. „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen zu den Unterschieden zwischen Reich und Arm in Österreich. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Aussagen (i) völlig zustimmen, (ii) teilweise zustimmen, (iii) eher nicht zustimmen, (iv) gar nicht zustimmen, (x) weiß nicht, (xx) keine Angabe.“

Diese ausgeprägte Zustimmung zum sozialdemokratischen Modell könnte unter anderem an der hohen wahrgenommenen sozialen Ungleichheit im Land liegen. 85% der Befragten stimmen dieser Aussage zu: „Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist in Österreich mittlerweile zu groß.“ Die überwiegende Mehrheit der Befragten (83%) ist auch der Ansicht, dass der Sozialstaat für mehr Gleichheit sorgt (siehe Graphik 2).

Gleichzeitig fühlt sich ein Großteil der Bevölkerung von den sozialstaatlichen Leistungen gut abgedeckt und assoziiert daher wohl positive Bilder mit dem Sozialstaat. So fühlen sich rund 77% bei Krankheit, 74% bei Arbeitslosigkeit, 67% im Alter und 67% bei akutem Pflegebedarf (eher) gut abgesichert (siehe Graphik A.1 in Anhang 1).

b) Womit hängt die Zustimmung zu den Wohlfahrtsstaatsmodellen zusammen?

Wie schon in den zitierten Studien zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat zeigen auch die Ergebnisse unserer multivariaten Analyse, dass der Einfluss individueller soziodemographischer Charakteristika auf die Wohlfahrtsstaatspräferenzen eher gering ist (siehe Tabelle 2, R^2 von 2%–4%). Doch der Einfluss des formalen Bildungsniveaus wird ersichtlich: So sind Personen mit Hochschulabschluss deutlich häufiger für ein sozialdemokratisches Modell als jene mit geringerem formalem Bildungsabschluss. Das liberale Modell wird demgegenüber von ihnen weniger befürwortet. Dieser „Bildungseffekt“ ist ein durchaus üblicher Befund in der Einstellungsforschung (Hartmann und Wakenhut 1996): Je höher das formale Bildungsniveau, desto eher antworten die Befragten politisch linksgerichtet. Spannend ist auch, dass in den multivariaten Auswertungen das liberale Modell signifikant häufiger von Personen befürwortet wird, die älter als 60 Jahre sind. Von Menschen mit Migrationshintergrund und Personen, die nicht Mitglied bei einer Gewerkschaft sind, wird dieses eher abgelehnt. Weiters stimmen Menschen, die Eigentum an ihrem Hauptwohnsitz haben, eher dem konservativen Wohlfahrtsstaat zu und lehnen den Sozialstaat sozialdemokratischer Ausprägung eher ab.

Auch in unserer Umfrage zeigt sich, dass die Verankerung in politischen Milieus eine entscheidende Determinante bei der Zustimmung zu bzw. Ablehnung von einem Wohlfahrtsstaatsmodell ist (siehe Tabelle 3). Jene, die sich politisch eher in der Mitte oder rechts verorten, befürworten das sozialdemokratische Modell signifikant weniger wahrscheinlich und das konservative bzw. liberale Modell signifikant wahrscheinlicher als jene, die sich politisch links sehen.

Hier zeigt sich auch ein klarer Zusammenhang zwischen der Verortung der Verantwortung für die Absicherung gegen Lebensrisiken im privaten bzw. öffentlichen Bereich und den befürworteten Wohlfahrtsstaatsregimen:

Tabelle 2: Modell 1.A: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Wohlfahrtsstaatsmodellen – Individuelle Charakteristika

	Abhängige Variable: Zustimmung zum		
	konservativen Sozialstaat	sozial-demokratischen Sozialstaat	liberalen Sozialstaat
Altersgruppe: 18–29 Jahre (Ref.)			
Altersgruppe: 30–39 Jahre	0,08 (0,06)	–0,00 (0,06)	0,06 (0,07)
Altersgruppe: 40–49 Jahre	–0,02 (0,07)	–0,03 (0,07)	–0,05 (0,07)
Altersgruppe: 50–59 Jahre	–0,00 (0,06)	–0,03 (0,06)	0,06 (0,07)
Altersgruppe: >60 Jahre	0,04 (0,06)	–0,08 (0,06)	0,20 (0,07)
Geschlecht: männlich (Ref.)			
Geschlecht: weiblich	–0,06 (0,04)	–0,01 (0,03)	–0,03 (0,04)
Bildung: Pflichtschule/Lehre (Ref.)			
Bildung: Matura	–0,11 (0,06)**	0,04 (0,03)	–0,03 (0,05)
Bildung: Hochschule	0,03 (0,05)	0,09 (0,03)***	–0,16 (0,05)***
Migrationshintergrund: nein (Ref.)			
Migrationshintergrund: ja	–0,03 (0,05)	0,01 (0,04)	–0,10 (0,05)**
Eigentum am Hauptwohnsitz: nein (Ref.)			
Eigentum am Hauptwohnsitz: ja	0,11 (0,04)**	–0,06 (0,03)**	0,05 (0,04)
Äquivalisiertes Haushaltseinkommen	0,00 (0,00)	–0,00 (0,00)***	0,00 (0,00)
Gewerkschaftsmitglied: nein (Ref.)			
Gewerkschaftsmitglied: ja	–0,08 (0,04)*	–0,08 (0,03)***	–0,16 (0,04)***
Erfahrung Prekariat: nein (Ref.)			
Erfahrung Prekariat: ja	–0,02 (0,04)	–0,01 (0,03)	–0,04 (0,04)
N	648	662	639
Log Likelihood	–423,69	–223,80	–413,91
AIC	873,39	473,60	853,81
BIC	931,55	532,04	911,79
R ² (Tjur)	0,036	0,029	0,041

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Jene, die diese Verantwortung (deutlich) überwiegend oder nur beim Staat sehen, sind eher für das sozialdemokratische Modell als jene, deren Meinung nach das überwiegend eine private Aufgabe ist.

Spannend ist weiters der Befund, dass diejenigen, die angeben, den Sozialstaat in all seinen Dimensionen zu brauchen, signifikant eher für ein sozialdemokratisches Modell sind als diejenigen, die angeben, ihn nicht zu brauchen. Dementsprechend geht die Wahrnehmung einer guten Absicherung auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, das sozialdemokratische Modell zu befürworten, und das Gefühl, kaum abgesichert zu sein, mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit, ein liberales Modell gutzuheißen.

Auch die Wahrnehmung von Ungleichheit hat einen entscheidenden Einfluss auf das präferierte Wohlfahrtsstaatsmodell (siehe Tabelle A1 im Anhang). Jene, die die soziale Ungleichheit als zu groß oder als problema-

Tabelle 3: Modell 1.B: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Wohlfahrtsstaatsmodellen – Politische Einstellungen und Wahrnehmung des Sozialstaates

	Abhängige Variable: Zustimmung zum		
	konservativen Sozialstaat	sozial-demokratischen Sozialstaat	liberalen Sozialstaat
Politisches Milieu: links (Ref.)			
Politisches Milieu: Mitte	0,13 (0,04)***	-0,12 (0,03)***	0,19 (0,04)***
Politisches Milieu: rechts	0,20 (0,04)***	-0,40 (0,10)***	0,32 (0,05)***
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur privat (Ref.)			
Absicherung gegen Lebensrisiken: überwiegend Staat	-0,09 (0,23)	0,09 (0,04)**	-0,19 (0,12)
Absicherung gegen Lebensrisiken: deutlich überwiegend Staat	-0,19 (0,15)	0,23 (0,11)**	-0,23 (0,14)
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur Staat	-0,32 (0,21)	0,11 (0,04)***	-0,27 (0,10)***
Wahrnehmung der Absicherung durch Sozialstaat:			
gar nicht abgesichert (Ref.)			
kaum abgesichert	-0,05 (0,06)	0,05 (0,03)*	-0,25 (0,05)***
gut abgesichert	0,08 (0,06)	0,09 (0,04)**	-0,08 (0,06)
umfassend abgesichert	-0,02 (0,07)	0,05 (0,03)	-0,05 (0,07)
Ich brauche gar keinen Sozialstaat (Ref.)			
Ich brauche den Sozialstaat kaum	0,02 (0,12)	-0,08 (0,09)	0,18 (0,16)
Ich brauche den Sozialstaat	-0,01 (0,11)	-0,00 (0,06)	0,08 (0,13)
Ich brauche den Sozialstaat in allen Dimensionen	-0,17 (0,13)	0,09 (0,04)**	0,03 (0,14)
N	924	958	916
Log Likelihood	-622,19	-331,48	-665,69
AIC	1.268,39	686,97	1.355,38
BIC	1.326,33	745,35	1.413,22
R ² (Tjur)	0,087	0,094	0,080

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

tisch für die Wirtschaft ansehen oder dem Sozialstaat die Kompetenz zur Umverteilung zugestehen, befürworten signifikant wahrscheinlicher den Sozialstaat sozialdemokratischer Ausprägung. Gleichzeitig sind jene Befragte, denen das aktuelle Ausmaß sozialer Ungleichheit zu groß ist, auch weniger wahrscheinlich für ein liberales oder konservatives Modell.

Anhand einer Zerlegung der erklärten Varianz der Modelle können wir feststellen, wie relativ wichtig einzelne Faktoren – etwa das Alter oder die Wahrnehmung der Ungleichheit als zu groß – für die wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen sind, dies jedoch unabhängig von ihrer statistischen Signifikanz. So können individuelle und strukturelle Faktoren gemeinsam und relational betrachtet werden. Tabelle 4 zeigt die drei wichtigsten Einflussgrößen für die Zustimmung zum konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Sozialstaat. Die Zahlen in Klammer sind der relative Beitrag der einzelnen Variablen zur erklärten Varianz eines Modelles, das alle Faktoren der Modelle 1.A bis 1.C beinhaltet. Für alle drei Modelle ist die Selbstverortung in politischen Milieus unter den entscheidenden Determinanten. Aber auch die wahrgenommene Absicherung durch den Sozialstaat und

das Gefühl, auf diesen angewiesen zu sein, sind relativ wichtig. Weniger wichtig sind (mit Ausnahme des Alters für das liberale Modell) soziodemographische Merkmale, wie das Geschlecht und der Migrationshintergrund.

Tabelle 4: Relative Wichtigkeit einzelner Faktoren

Die drei wichtigsten Einflussfaktoren		
Konservativer Sozialstaat	Sozialdemokratischer Sozialstaat	Liberaler Sozialstaat
<ul style="list-style-type: none"> • Ich brauche den Sozialstaat (20%) • politisches Milieu (20%) • Wahrnehmung der Absicherung (11%) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ich brauche den Sozialstaat (20%) • politisches Milieu (20%) • Staat/privat (13%) 	<ul style="list-style-type: none"> • Alter (18%) • Wahrnehmung der Absicherung (11%) • politisches Milieu (20%)

c) Womit hängt die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zusammen?

In der Erklärung für die Wahrnehmung von Ungleichheit ist das Bild weniger stimmig. Im multivariaten Modell zeigen sich zwar einzelne Einflussfaktoren, diese sind aber bei den einzelnen Aussagen nicht einheitlich, und die Erklärungskraft der Modelle ist mit R^2 von 1–6% sehr niedrig (siehe Tabelle A.2).

Jene, die ihre subjektive wirtschaftliche Situation als (sehr) gut einschätzen, sind weniger wahrscheinlich der Ansicht, dass Ungleichheit der Wirtschaft schadet, als jene, die ihre Situation als (eher) schlecht einschätzen. Interessant ist jedenfalls, dass Frauen im Vergleich zu Männern signifikant weniger oft davon überzeugt sind, dass der Sozialstaat Ungleichheit reduziert. Wir vermuten in der relativ prekären Lebenssituation von Frauen eine Erklärung dafür: Sie werden im Durchschnitt schlechter bezahlt als Männer und sind häufiger armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Der (Sozial-)Staat gleicht die ökonomischen Benachteiligungen von Frauen zum Teil nicht aus, zum Teil verstärkt er sie aufgrund der Erwerbszentriertheit des Versicherungssystems noch. Das gilt etwa für die an das Einkommen gekoppelte Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld oder für die sich an den Lebenseinkommen orientierende Alterspension.

Ein Blick auf den Zusammenhang zwischen präferiertem Wohlfahrtsstaatsmodell und den Einstellungen zu sozialer Ungleichheit zeigt die weiter oben bereits vermuteten klaren Zusammenhänge insbesondere beim sozialdemokratischen Modell auf: Jene, bei denen das sozialdemokratische Sozialstaatsmodell großen Zuspruch findet, sind eher der Ansicht, dass die Ungleichheit zu groß ist, dass sie der Wirtschaft schadet und durch den Sozialstaat reduziert wird. Menschen, die eher vom bestehenden konservativen Modell oder dem liberalen Modell überzeugt sind, sind demgegenüber signifikant weniger wahrscheinlich der Ansicht, dass die Ungleichheit in Österreich zu groß ist.

Hinsichtlich der Zugehörigkeit zu politischen Milieus, der Wahrnehmung

der eigenen Absicherung durch den Sozialstaat, des Spannungsfeldes zwischen privater und öffentlicher Absicherung und des Gefühls, den Sozialstaat zu brauchen, finden wir wenig signifikante Zusammenhänge. Es sticht jedoch hervor, dass Menschen, die sich politisch in der Mitte oder rechts verorten, dem Sozialstaat generell eine niedrige bzw. keine Umverteilungskompetenz zusprechen (siehe Tabelle A.3 im Anhang).

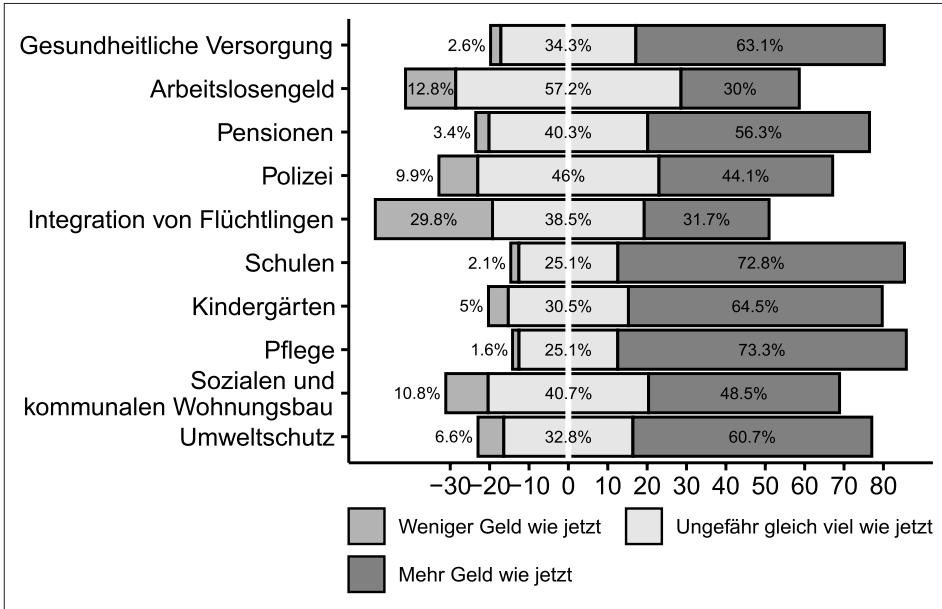
d) Wo soll es einen Ausbau sozialstaatlicher Leistung geben?

Die große Zustimmung zum sozialdemokratischen Modell führt auch dazu, dass nach Ansicht der Befragten in einigen Bereichen des österreichischen Sozialstaates Verbesserungsbedarf besteht, dies besonders im Bildungsbereich und in der Kinderbetreuung: Rund 73% der Befragten wünschen sich eine bessere Finanzierung im Bereich der Schulen, und rund 65% sind für einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. 56% sind für eine bessere Finanzierung der Alterspensionen, 61% für mehr Geld für den Umweltschutz. Die geringste Zustimmung gibt es für eine bessere Finanzierung der Integrationsbemühungen: Nur 32% der RespondentInnen sind für mehr Geld für die Integration von Geflüchteten. Dies lässt sich möglicherweise mit dem Erhebungszeitraum (Sommer 2018) erklären. Ein halbes Jahr zuvor war in Österreich eine rechtskonservative Regierung angelobt worden, die die Migrations-/Integrationsproblematik besonders stark zum Thema machte (Horvath 2018). In Summe zeigt sich jedoch über alle Kategorien, dass der Anteil jener, die einen Ausbau wünschen, größer ist als der Anteil jener, die eine Kürzung wünschen. Mit dem aktuellen Leistungsangebot zufrieden sind je nach Bereich 25% (Schulen, Pflege) und 57% (Arbeitslosengeld).

Die von den Befragten genannten Ausbauwünsche lassen sich mit Blick auf den tatsächlichen Finanzierungsbedarf gut nachvollziehen (Feigl et al. 2020): Höhere Investitionen in frühkindliche Betreuung und schulische Bildung, um Aufstiegsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern, werden seit Jahren von vielen AkteurInnen gefordert. Auch der häufige Wunsch nach einem Ausbau der Kinderbetreuung überrascht nicht, da allseits bekannt ist, dass es in den meisten Bundesländern viel zu wenige (Klein-)Kinderbetreuungsplätze gibt. Gerade im ländlichen Raum sind Kindergärten, deren Öffnungszeiten eine Vollzeitberufstätigkeit ermöglichen, selten. Als konservativer Wohlfahrtsstaat baut Österreich noch heute auf traditionelle Geschlechterstereotype. Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist es jedoch sinnvoll, das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu vergrößern. Dies wäre auch ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, da Frauen bis heute den größten Teil der unbezahlten (Erziehungs-)Arbeit leisten.

Die hohe Zustimmung zu einem Ausbau der Leistungen in der Pflege

Graphik 3: Welche Bereiche staatlicher Leistungen sollten ausgebaut werden (in %)?



Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, n = 1000. Frage: „Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob der österreichische Staat dafür deutlich mehr, etwas mehr, ungefähr gleich viel wie jetzt, etwas weniger oder deutlich weniger Geld ausgeben sollte ...“

spiegelt wohl die demographischen Entwicklungen der letzten Jahre wider. Die steigende Lebenserwartung geht mit einem erhöhten Betreuungsbedarf einher. Demgegenüber klafft jedoch eine große Lücke bei der Zahl der benötigten Pflegekräfte – allein in Österreich fehlen bis 2030 rund 76.000 Personen (Schmidt 2020).

Nicht zuletzt wird der Bereich des Umweltschutzes angesichts der drohenden Klimakatastrophe immer wichtiger. Bei der Bewältigung der Klimakrise muss es sowohl darum gehen, Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten, als auch, über Formen einer nachhaltigen Sozialpolitik nachzudenken, die den Sozialstaat als klimapolitischen Akteur definiert (Fritz und Bohnenberger 2020). Es gilt sich mit Bereitstellungsformen von sozialen Leistungen, die klimaschützend wirken können, zu befassen sowie die Wachstumsabhängigkeit sozialer Sicherungssysteme zu hinterfragen.

Insbesondere in den Bereichen Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und Umwelt wünschen sich viele Befragte also mehr sozialstaatliche Leistungen. Demgegenüber ist ein großer Teil der Bevölkerung (57%) mit der derzeitigen Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung zufrieden, nur 30% wollen eine Erhöhung (Achtung: Erhebungszeitraum 2018 liegt weit vor

der Covid-19-Krise). Das ist durchaus bemerkenswert, da die Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit in Österreich mit rund 55 Prozent (für das Jahr 2019) im internationalen Vergleich eher niedrig ist. Darüber hinaus haben Langzeitarbeitslose in Österreich ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. Eine Erklärung könnte darin zu finden sein, dass unter den Befragten fast niemand arbeitslos war und neun von zehn Personen ihren Job ohnehin als sicher erachten, weshalb sie nicht das Gefühl haben, auf diese Leistung einmal angewiesen zu sein. Auch das gegenwärtig ausgeprägte Konkurrenzdenken und der Leistungsdiskurs können hier eine Rolle spielen (Schadauer et al. 2019): (Langzeit-)Arbeitslose werden vielfach mit Stigmata wie „Faulheit“ bzw. „eigene Schuld“ bedacht. Das zeigt sich unter anderem an der Zustimmung zu der ebenfalls in unserer Umfrage abgefragten Aussage „Es ist gerechtfertigt, wenn Menschen, die nicht ins Sozialsystem einzahlen, vom Staat weniger, als sie zum Überleben bräuchten, an Unterstützung bekommen“, die bei relativ hohen 49% lag.

Umstritten sind außerdem die Bereiche Integration, Polizei und Pensionen. Hier bilden sich wohl einige zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen der letzten Jahre ab. So sind 56% für mehr Geld bei den Pensionen, aber 40% sind mit der Höhe der Ausgaben zufrieden. 44% wollen mehr Geld für die Polizei, aber 46% sind mit der Höhe zufrieden. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch beim Wohnbau ab: 48% wollen hier mehr Geld, 41% sind zufrieden.

Am stärksten gehen die Meinungen im Bereich der Integration auseinander. Hier wollen 32% mehr Geld ausgeben, 30% sind dagegen (39% sind mit der Höhe zufrieden). Dazu passend waren 53% der Befragten der Meinung, dass es sinnvoll wäre, öffentliche Leistungen nur österreichischen StaatsbürgerInnen zuzugestehen (47% waren dagegen). Die vielfach postulierten zwei „Lager“ zeigen sich in den Einstellungen zur Migration in Österreich also besonders deutlich (Hofmann 2019).

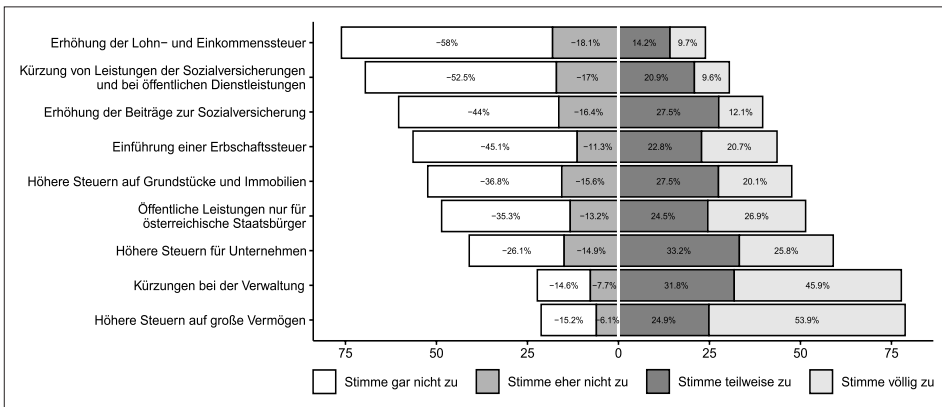
Generell stellen wir fest, dass Personen, die ein sozialdemokratisches Wohlfahrtsstaatsregime präferieren, auch eher für einen Ausbau der Leistungen in den beschriebenen Bereichen sind als Personen, denen dieses Modell nicht (so sehr) zusagt. Demgegenüber führt eine Neigung zum konservativen oder liberalen Modell eher dazu, keinen oder nur einen geringen Ausbau zu fordern.

e) Wie lässt sich der gewünschte Ausbau finanzieren?

Spannend ist nicht nur die Frage, welche Bereiche nach Ansicht der Befragten mehr gefördert werden sollen und welche nicht, sondern auch wie ein etwaiger Ausbau von Kinderbetreuung, Pflege oder Bildung finanziert werden kann. Dazu liefert die Befragung ebenfalls einige interessante Details. Insbesondere die höhere Besteuerung von großen Vermögen (79%)

und Unternehmen (59%) findet, wie bei Bandau et al. (2017), bei den Befragten großen Anklang (siehe Graphik 4). (Höhere) Erbschafts- und Immobiliensteuern werden zu 44% bzw. 47% befürwortet. Demgegenüber werden Erhöhungen der (eigenen) Beiträge über eine Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuer (24% Zustimmung) bzw. Kürzungen bei den Leistungen (31% Zustimmung) nicht gutgeheißen. Interessanterweise können sich knapp 40% eine Erhöhung der SV-Beiträge vorstellen.

Graphik 4: Gewünschte Finanzierungsformen beim Ausbau sozialstaatlicher Leistungen (in %)



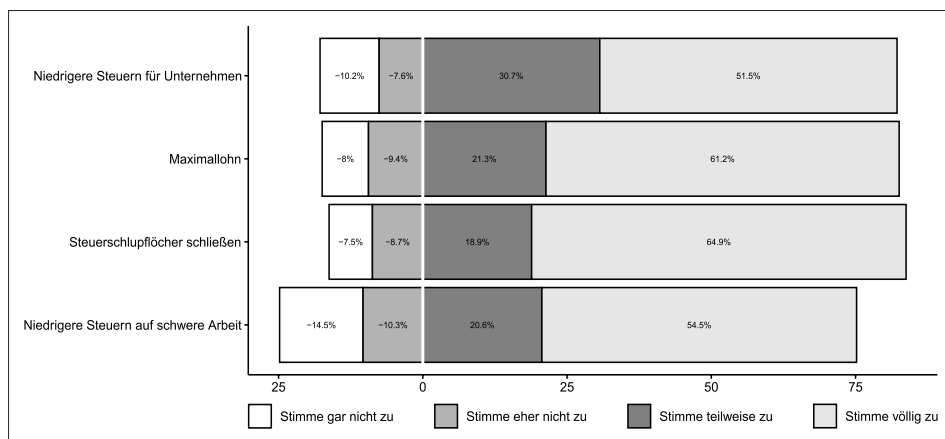
Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, n = 1000. Frage: „Heute wird ja oft über Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen diskutiert. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Vorschläge, wie die Finanzierung des Sozialstaats ...“

Diesbezüglich zeigen sich Meinungsunterschiede insbesondere nach politischen Orientierungen. Politisch links stehende Personen sind überwiegend für eine Reichen- und Unternehmenssteuer (über 70%) und gegen Kürzungen der öffentlichen Leistungen (unter 25%). Politisch rechts stehende Befragte präferieren zwar Kürzungen der öffentlichen Leistungen (knapp unter 70%), sind aber mit knapper Mehrheit auch für Reichensteuern.

Weitere politische Forderungen, die zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen und eine breitere Einnahmenbasis für den Sozialstaat schaffen könnten, wie eine Begrenzung von Löhnen bzw. Gehältern und Boni in Form eines Maximallohnes sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern, werden von den Befragten ebenfalls überwiegend befürwortet (jeweils über 80% Zustimmung, Graphik 5). Niedrigere Steuern für Unternehmen, wenn diese dafür mehr Leute einstellen (siehe Fußnote 7) werden auch vom überwiegenden Teil der Befragten (teilweise) gutgeheißen, die Zustimmung zu niedrigeren Steuern für SchwerarbeiterInnen, insbeson-

dere für Nacht- und Wochenendarbeit, ist demgegenüber deutlich geringer.

Graphik 5: Einstellungen zu politischen Forderungen für mehr Gleichheit⁷ (in %)



Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, $n = 1000$. Frage: „Nun haben wir noch ein paar Fragen zu aktuellen politischen Themen. Was ist Ihre Meinung? ...“

Die multivariate Analyse zeigt wiederum, dass die Erklärungskraft soziodemographischer Charakteristika recht gering ist (R^2 von 2%–7%, siehe Tabelle 5; die Ergebnisse für die weiteren Finanzierungsvorschläge analog zu den Tabellen 5 und 6 befinden sich im Anhang). Sieht man sich den Einfluss individueller wirtschaftlicher Kriterien in einer multivariaten Auswertung an, so zeigt sich, dass Personen ohne Eigentum eine geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, für Kürzungen und xenophobe Ausschlüsse zu sein und eher dafür sind, Lohnsteuer- und SV-Beiträge zu erhöhen. Wer die eigene wirtschaftliche Lage als gut einschätzt, präferiert zwar eher

⁷ Diese Graphik basiert auf folgenden Fragen: Nun haben wir noch ein paar Fragen zu aktuellen politischen Themen. Was ist Ihre Meinung? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Aussagen ...

- Die Abgaben für Unternehmen sollten gesenkt werden, wenn diese mehr Leute einstellen.
 - Es braucht eine Begrenzung von Maximallöhnen (z.B. bei Managergehältern), damit die soziale Ungleichheit nicht noch größer wird.
 - Steuerschlupflöcher für Konzerne sollten geschlossen werden, auch wenn manche Unternehmen dann in andere Länder abwandern.
 - Menschen, die schwer arbeiten (z.B. in der Nacht, am Wochenende oder unter erhöhter körperlicher Anstrengung), sollten weniger Steuern zahlen.
- (i) völlig zustimmen, (ii) teilweise zustimmen, (iii) eher nicht zustimmen, (iv) gar nicht zustimmen, (v) weiß nicht, (vi) keine Angabe; 100% = i bis iv.

Tabelle 5: Modell 3.A: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Finanzierungsformen – Individuelle Charakteristika

	Abhängige Variable: Finanzierung durch		
	Vermögenssteuer	Einsparung in Verwaltung	höhere Steuern für Unternehmen
Altersgruppe: 18–29 Jahre (Ref.)			
Altersgruppe: 30–39 Jahre	0,00 (0,04)	0,07 (0,03)**	-0,01 (0,06)
Altersgruppe: 40–49 Jahre	0,02 (0,04)	0,08 (0,03)**	0,05 (0,05)
Altersgruppe: 50–59 Jahre	0,06 (0,03)*	-0,01 (0,04)	-0,03 (0,06)
Altersgruppe: >60 Jahre	-0,03 (0,04)	-0,00 (0,04)	-0,07 (0,05)
Geschlecht: männlich (Ref.)			
Geschlecht: weiblich	0,03 (0,03)	0,02 (0,03)	0,08 (0,03)**
Bildung: Pflichtschule/Lehre (Ref.)			
Bildung: Matura	0,07 (0,03)**	-0,03 (0,03)	0,07 (0,04)*
Bildung: Hochschule	0,02 (0,03)	-0,02 (0,04)	-0,07 (0,05)
Migrationshintergrund: nein (Ref.)			
Migrationshintergrund: ja	-0,05 (0,03)	-0,06 (0,03)*	0,11 (0,04)***
Eigentum am Hauptwohnsitz: nein (Ref.)			
Eigentum am Hauptwohnsitz: ja	0,08 (0,03)***	0,13 (0,03)***	0,07 (0,04)**
Wirtschaftliche Lage: (sehr) schlecht (Ref.)			
Wirtschaftliche Lage: gut	0,11 (0,04)***	0,04 (0,03)	0,06 (0,05)
Wirtschaftliche Lage: sehr gut	0,00 (0,04)	-0,10 (0,05)**	0,02 (0,05)
Gewerkschaftsmitglied: nein (Ref.)			
Gewerkschaftsmitglied: ja	0,05 (0,03)*	-0,04 (0,03)	0,10 (0,04)***
Erfahrung Prekariat: nein (Ref.)			
Erfahrung Prekariat: ja	0,05 (0,03)*	-0,04 (0,02)*	0,04 (0,04)
Konservativer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Konservativer Sozialstaat: stimme eher zu	0,01 (0,03)	0,08 (0,03)***	-0,00 (0,04)
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme eher zu	0,11 (0,05)**	-0,07 (0,04)*	0,15 (0,06)***
Liberaler Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Liberaler Sozialstaat: stimme eher zu	0,05 (0,03)*	0,04 (0,03)	0,05 (0,04)
N	828	811	819
Log Likelihood	-446,70	-430,67	-609,33
AIC	927,40	895,35	1.252,67
BIC	1.007,63	975,22	1.332,70
R ² (Tjur)	0,054	0,106	0,055

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Leistungskürzungen und xenophobe Ausschlüsse, allerdings auch eine Erhöhung der Vermögenssteuer.

Spannend ist der Einfluss der Einstellungen zum Sozialstaat auf die Finanzierungsoptionen. Jene, die einen Sozialstaat sozialdemokratischer Ausprägung sehr befürworten, sind für eine Finanzierung eines Ausbaus über eine Vermögenssteuer, höhere Steuern für Unternehmen und eine Erbschaftssteuer. Sie sind gegen xenophobe Ausschlüsse und Leistungskürzungen sowie gegen höhere Steuern auf Grundstücke, aber für höhere

Tabelle 6: Modell 3.B: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Finanzierungsformen – Wahrnehmung von Ungleichheit und politische Einstellungen

	Abhängige Variable: Zustimmung zum		
	Vermögenssteuer	Einsparung in Verwaltung	höhere Steuern für Unternehmen
Politisches Milieu: links (Ref.)			
Politisches Milieu: Mitte	0,04 (0,04)	0,01 (0,04)	-0,12 (0,04)***
Politisches Milieu: rechts	-0,08 (0,05)	0,12 (0,04)***	-0,12 (0,06)**
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur privat (Ref.)			
Absicherung gegen Lebensrisiken: überwiegend Staat	0,16 (0,05)***	-0,08 (0,18)	0,14 (0,13)
Absicherung gegen Lebensrisiken: deutlich überwiegend Staat	0,33 (0,13)***	-0,03 (0,14)	0,27 (0,14)*
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur Staat	0,15 (0,06)**	-0,15 (0,20)	0,24 (0,11)**
Wahrnehmung der Absicherung durch Sozialstaat:			
gar nicht abgesichert (Ref.)			
kaum abgesichert	0,10 (0,04)***	-0,08 (0,06)	0,12 (0,06)**
gut abgesichert	0,19 (0,05)***	0,03 (0,05)	0,24 (0,06)***
umfassend abgesichert	0,17 (0,03)***	-0,02 (0,06)	0,22 (0,05)***
Ich brauche gar keinen Sozialstaat (Ref.)			
Ich brauche den Sozialstaat kaum	-0,02 (0,13)	0,10 (0,08)	-0,09 (0,17)
Ich brauche den Sozialstaat	-0,04 (0,10)	0,18 (0,12)	-0,04 (0,14)
Ich brauche den Sozialstaat in allen Dimensionen	-0,14 (0,13)	0,04 (0,09)	-0,17 (0,15)
Sozialstaat reduziert Ungleichheit: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Sozialstaat reduziert Ungleichheit: stimme (eher) zu	-0,08 (0,03)***	-0,01 (0,04)	-0,05 (0,04)
Ungleichheit schadet der Wirtschaft: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Ungleichheit schadet der Wirtschaft: stimme (eher) zu	0,10 (0,05)**	-0,02 (0,04)	-0,11 (0,05)**
Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) zu	0,16 (0,05)***	-0,02 (0,04)	0,13 (0,05)**
N	905	800	896
Log Likelihood	-483,21	-494,88	-658,26
AIC	996,42	1.019,76	1.346,53
BIC	1.068,54	1.091,63	1.418,50
R ² (Tjur)	0,086	0,055	0,056

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Einkommenssteuern und SV-Beiträge. Jene, die besonders dem gegenwärtigen konservativen Modell zustimmen, sind hingegen für Einsparungen in der Verwaltung, für xenophobe Ausschlüsse und für weniger Leistungen sowie – interessanterweise – ebenfalls für höhere SV-Beiträge und eine höhere Einkommenssteuer. Die AnhängerInnen eines liberalen Sozialstaates befürworten insbesondere eine Finanzierung über die Einschränkung von Leistungen auf StaatsbürgerInnen, sie sind signifikant häufiger gegen die Besteuerung von Erbschaften und für weniger Leistungen.

Interessant ist auch der Befund, dass die Wahrnehmung der eigenen Absicherung, das Gefühl, den Sozialstaat (nicht) zu brauchen, und die Verortung der Verantwortung für die Absicherung gegen Lebensrisiken

überwiegend im privaten bzw. öffentlichen Bereich durchaus einen Einfluss auf die Einstellungen zu den Finanzierungsoptionen haben: Jene, die sich jeweils kaum, gut oder umfassend abgesichert fühlen, stimmen Vermögenssteuern, höheren Steuern für Unternehmen, höheren Steuern auf Grundstücke und höheren SV-Beiträgen eher zu als jene, die sich nicht abgesichert fühlen. Ähnlich befürworten auch Menschen, die vor allem den Staat als für die Absicherung gegen Lebensrisiken zuständig erachten, eher die Besteuerung von Vermögen und eine höhere Besteuerung von Unternehmen.

5. Conclusio

Die Befragung gibt wichtige Einblicke in die Vorstellungen, wie der Sozialstaat in Österreich ausgestaltet und weiter finanziert werden soll. Der Wohlfahrtsstaat wird generell sehr geschätzt, viele Befragte sind auch der Ansicht, dass der Sozialstaat Ungleichheit verringern kann. Gleichzeitig wünschen sich viele Befragte einen Ausbau in Richtung eines Sozialstaates sozialdemokratischer Prägung.

Mit Verweis auf die nicht erst seit der Covid-19-Krise bestehenden Lücken und die zukünftigen Herausforderungen des Sozialstaates lässt sich dies gut erklären. Es betrifft aber nicht nur den Arbeitsmarkt, wo die derzeitige Krise einige Lücken offenbart hat, wie etwa bei der Absicherung sog. solo-selbständiger Personen oder der sozialen Absicherung (langzeit-)beschäftigungsloser Menschen. Insbesondere auch in den Bereichen Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und Umwelt wünschen sich viele Befragte mehr sozialstaatliche Leistungen. Im Bereich der Pflege etwa, insbesondere der Langzeitpflege, braucht es nach derzeitigen Prognosen in den kommenden Dekaden nicht nur ein Mehr an Personal, sondern (damit verbunden) auch mehr finanzielle Mittel. Die Aufstockung des Personals in Pflegeheimen, die flächendeckende Ausrollung von psychosozialer Angehörigenberatung, die Abschaffung der Selbstbehalte und Qualitätsverbesserungen in den mobilen Diensten sowie eine Verringerung des Lohnunterschieds zum akutstationären Bereich etc. werden häufig gefordert (Feigl et al. 2020). Ein Großteil der Befragten ist außerdem der Meinung, dass die Ungleichheit in Österreich zu groß ist und man etwas dagegen unternehmen müsste. Hier zeigt sich auch die große Bedeutung subjektiver Gerechtigkeitsvorstellungen und der Zugehörigkeit zu politischen Milieus für die Einstellungen zum Sozialstaat; der relative Erklärungswert individueller Charakteristika ist hingegen begrenzt.

Wenn es darum geht, wie ein Ausbau der Sozialleistungen bezahlt werden soll, stellen wir entsprechend unseren Erwartungen fest, dass höhere Steuern für Reiche und Unternehmen breite Zustimmung finden. Die Ein-

führung von Maximallöhnen und das Schließen von Steuerschlupflöchern wird gleichfalls von der überwiegenden Mehrheit befürwortet. Eine Erhöhung von sog. Massensteuern wird hingegen deutlich abgelehnt. Auch etwaigen Kürzungen von sozialstaatlichen Leistungen steht die Mehrheit der Befragten ablehnend gegenüber.

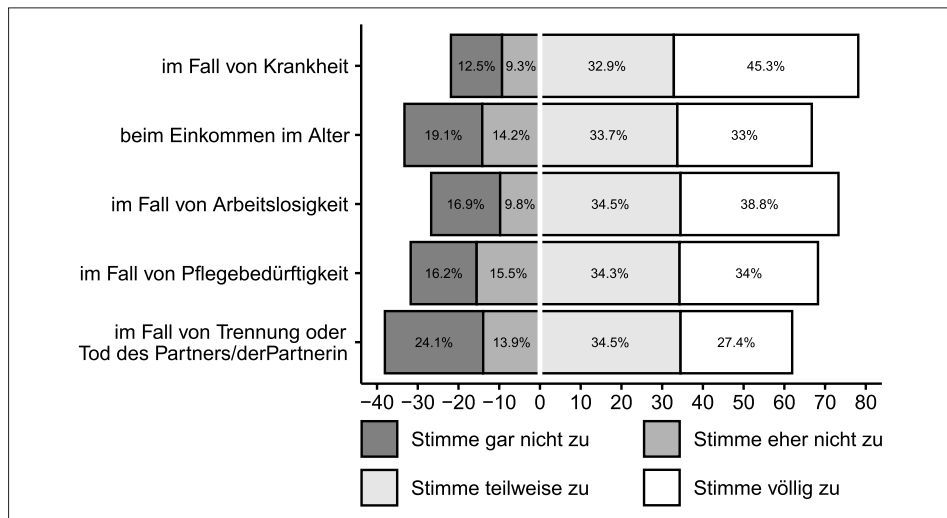
Literatur

- Arts, Will/Gelissen, John (2002). Three World of Welfare Capitalism or More? A state-of-the-art Report. *European Journal of Sociology* 12 (2), 137–158.
- Arts, Will/Gelissen, John (2001). Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? *Acta Sociologica* 44 (4), 283–299.
<https://doi.org/10.1177/000169930104400401>.
- Bandau, Frank/Lübker, Malte/Rixen, Thomas (2017). Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen. Berlin, FES Paper. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13494.pdf> (abgerufen am 19.5.2021).
- Edlund, Jonas (1999). Attitudes towards Tax Reform and Progressive Taxation: Sweden 1991-96. *Acta Sociologica* 42 (4), 337–355.
<https://doi.org/10.1177/000169939904200404>.
- Eichmann, Hubert/Zandonella, Martina/Eibl, Julia/Schönauer, Annika (2019). Wandel der Erwerbsarbeit und Wahrnehmung von Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat in Österreich. Wien, FORBA/SORA.
- Esping-Andersen, Gosta (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, Princeton University Press. ISBN 978-0-691-09457-1.
- Feigl, Georg/Marterbauer, Markus/Schultheiss, Jana/Schweitzer, Tobias/Zangerl, Felix/Brait, Romana/Pirklbauer, Sybille/Schnell, Philipp/Theurl, Simon/Zotter, Thomas (2020). Budget 2020: Schritte zur Überwindung der Corona Krise. AK-Budgetanalyse zum Entwurf des Bundesvoranschlags 2020 und darüber hinaus. Wien, Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 200. Online verfügbar unter https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer!/metadata/AC15644651/1/LOG_0003/ (abgerufen am 19.5.2021).
- Fritz, Martin/Bohnenberger, Katharina (2020). Sozialpolitik for Future. Wie nachhaltige Sozialpolitik Klimagerechtigkeit schafft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (1), 269–281.
- Grausgruber, Alfred (2019). Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich. In: Johann Bacher/Alfred Grausgruber/Max Haller/Franz Höllinger/Dimitri Prandner/Roland Verwiebe (Hg). *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 457–481.
- Heck, Ines/Kapeller, Jakob/Wildauer, Rafael (2020). Vermögenskonzentration in Österreich. Ein Update auf Basis des HFCS (2017). Wien, Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 200. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16086820> (abgerufen am 19.5.2021).
- Hadler, Markus (2005). Why Do People Accept Different Income Ratios? A Multi-level Comparison of Thirty Countries. *Acta Sociologica* 48 (2), 131–154.
<https://doi.org/10.1177/0001699305053768>.
- Hartmann, Hans/Wakenhut, Roland (1996). *Gesellschaftlich-politische Einstellungen. Eine theoretische, methodische und praktische Einführung in die Einstellungsforschung*. Hamburg, Verlag Dr. Kovač.
- Hofmann, Julia (2019). Einstellungen und Vorurteile in Bezug auf Migration sowie Migran-

- tinnen und Migrantinnen in Österreich. In: Wolfgang Aschauer/Martina Beham-Rabanser/Otto Bodi-Fernandez/Max Haller/Johanna Muckenhuber (Hg.). Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migrantinnen in Österreich. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 271–293.
- Horvath, Kenneth (2018). Entrechtung als politisches Projekt. „Migrations- und Integrationspolitik“ in Zeiten von Schwarz-Blau II. Kurswechsel 3 (2018), 83–90.
- Kalleitner, Fabian/Schmitt, Laila (2020). Neue Steuern zur Finanzierung der Kosten der Krise? Steuerpräferenzen in Zeiten von Corona. Online verfügbar unter <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog28/> (abgerufen am 19.5.2021).
- Kulin, Joakim/Svallfors, Stefan (2013). Class, Values, and Attitudes Towards Redistribution: A European Comparison. *European Sociological Review* 29 (2), 155–167. <https://doi.org/10.1093/esr/jcr046>.
- Liedl, Bernd/Steiber, Nadia (2021). Einstellungen zum Sozialstaat im Verlauf der COVID-19-Pandemie. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 223. Online verfügbar unter <http://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/pdf/AC16251384/AC16251384.pdf> (abgerufen am 1.9.2021).
- Pierson, Christopher (1998). *Beyond the Welfare State*. London, Polity Press.
- Redaktion „Wirtschaft und Gesellschaft“ (2020). Der österreichische Sozialstaat in der COVID-19-Krise. *Wirtschaft und Gesellschaft* 46 (4), 487–500.
- Reed-Arthurs, Rebecca/Sheffrin, Steven M. (2010). Windows into Public Attitudes towards Redistribution. In: *Proceedings of the National Tax Association* (2019), 165–173. Online verfügbar unter <https://www.ntanet.org/wp-content/uploads/proceedings/2009/019-reed-arthurs-windows-public-attitudes-2009-nta-proceedings.pdf> (abgerufen am 19.5.2021).
- Schadauer, Andreas/Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Schindler, Saskja (2019). Sozialstaatliche Solidarität und gesellschaftliche Anerkennung von Lebenschancen. *SWS Rundschau* 59 (4), 371–392.
- Schmidt, Andrea (2020). Win-win-win in der Krise: Pflege als Jobmotor und Zündschnur für mehr Gerechtigkeit. Online verfügbar unter <https://awblog.at/pflege-als-jobmotor/> (abgerufen am 19.5.2021).
- Svallfors, Stefan (2003). Welfare regimes and welfare opinions: A comparison of eight Western countries. *Social Indicators Research* 64 (3), 495–520.
- Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2020). *Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklungen – Maßnahmen – internationale Verortung*. Innsbruck, Wien, Studienverlag.
- Tjur, Tue (2009). Coefficients of determination in logistic regression models – A new proposal: The coefficient of discrimination. *The American Statistician* 63 (4), 366–372.
- Van Oorschot, Wim/Reeskens, Tim/Meuleman, Bart (2012). Popular perceptions of welfare state consequences: A multilevel, cross-national analysis of 25 European countries. *Journal of European Social Policy* 22 (2), 181–197.
- Wöss, Josef (2020). Sozialstaat – Stabilitätsanker in der Krise. Online verfügbar unter <https://awblog.at/der-oesterreichische-sozialstaat-in-der-covid-19-krise/> (abgerufen am 19.5.2021).
- Zens, Gregor/Warum, Philipp (2019). Tax Preferences, Partisanship and Perceptions of Society: Evidence from Austria. *INEQ Working Paper Series 12*. Wien, WU Wien. Online verfügbar unter <https://epub.wu.ac.at/7092/> (abgerufen am 19.5.2021).

Anhang 1: Graphiken und Tabellen

Graphik A.1 Wahrnehmung der Absicherung durch den Sozialstaat (in %)



Daten: Befragung „Einstellungen zum Sozialstaat und seiner Finanzierung“, 2018, $n = 1000$. Frage: „Die sozialen Sicherungssysteme wie die Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung haben vor allem die Aufgabe, Menschen in verschiedenen Lebenssituationen abzusichern. Glauben Sie, dass Sie persönlich in solchen Fällen durch die staatliche Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung ausreichend abgesichert sind?“

Tabelle A.1: Modell 1.C: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Wohlfahrtsstaatsmodellen – Wahrnehmung von Ungleichheit

	Abhängige Variable: Zustimmung zum		
	konservativen Sozialstaat	sozial-demokratischen Sozialstaat	liberalen Sozialstaat
Sozialstaat reduziert Ungleichheit: Stimme (eher) nicht zu (Ref.) Sozialstaat reduziert Ungleichheit: Stimme (eher) zu	-0,01 (0,04)	0,08 (0,03)**	-0,02 (0,04)
Ungleichheit schadet der Wirtschaft: Stimme (eher) nicht zu (Ref.) Ungleichheit schadet der Wirtschaft: Stimme (eher) zu	-0,05 (0,05)	0,07 (0,04)*	-0,02 (0,06)
Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) nicht zu (Ref.) Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) zu	-0,14 (0,05)***	0,07 (0,04)*	-0,19 (0,05)***
N	861	886	856
Log Likelihood	-618,13	-335,83	-643,75
AIC	1.244,27	679,65	1.295,50
BIC	1.263,30	698,80	1.314,51
R ² (Tjur)	0,016	0,041	0,017

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Tabelle A.2: Modell 2.A: Erklärungsfaktoren für Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit – Individuelle Charakteristika

	Abhängige Variable: Ungleichheit		
	ist zu groß	wird durch Sozialstaat reduziert	schadet der Wirtschaft
Altersgruppe: 18–29 Jahre (Ref.)			
Altersgruppe: 30–39 Jahre	0,01 (0,04)	0,01 (0,05)	0,01 (0,04)
Altersgruppe: 40–49 Jahre	0,05 (0,03)	–0,19 (0,06)***	0,06 (0,03)*
Altersgruppe: 50–59 Jahre	0,13 (0,03)***	0,05 (0,04)	0,05 (0,03)
Altersgruppe: >60 Jahre	0,07 (0,03)**	–0,08 (0,04)*	0,03 (0,03)
Geschlecht: männlich (Ref.)			
Geschlecht: weiblich	0,02 (0,03)	–0,07 (0,03)***	0,03 (0,03)
Bildung: Pflichtschule/Lehre (Ref.)			
Bildung: Matura	–0,13 (0,04)***	0,06 (0,03)*	–0,06 (0,04)*
Bildung: Hochschule	0,07 (0,04)	0,06 (0,04)	0,05 (0,03)*
Migrationshintergrund: nein (Ref.)			
Migrationshintergrund: ja	–0,07 (0,03)**	–0,04 (0,03)	–0,04 (0,03)
Eigentum am Hauptwohnsitz: nein (Ref.)			
Eigentum am Hauptwohnsitz: ja	–0,04 (0,03)	0,04 (0,03)	–0,02 (0,03)
Wirtschaftliche Lage: (sehr) schlecht (Ref.)			
Wirtschaftliche Lage: gut	–0,09 (0,05)*	–0,01 (0,04)	–0,20 (0,07)***
Wirtschaftliche Lage: sehr gut	0,02 (0,04)	–0,02 (0,03)	–0,08 (0,04)**
Gewerkschaftsmitglied: nein (Ref.)			
Gewerkschaftsmitglied: ja	0,10 (0,03)***	–0,06 (0,03)**	0,06 (0,03)**
Erfahrung Prekariat: nein (Ref.)			
Erfahrung Prekariat: ja	0,04 (0,03)	–0,05 (0,03)**	0,03 (0,03)
Konservativer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Konservativer Sozialstaat: stimme eher zu	–0,05 (0,03)*	–0,02 (0,03)	–0,00 (0,03)
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme eher zu	0,09 (0,04)**	0,10 (0,05)**	0,12 (0,05)**
Liberaler Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)			
Liberaler Sozialstaat: stimme eher zu	–0,08 (0,03)***	–0,04 (0,03)	–0,03 (0,03)
N	826	817	820
Log Likelihood	–336,51	–389,03	–343,47
AIC	707,02	812,05	720,95
BIC	787,21	892,05	801,01
R ² (Tjur)	0,010	0,058	0,059

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Tabelle A.3: Modell 2.A: Erklärungsfaktoren für Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit – Politische Einstellungen und Wahrnehmung des Sozialstaates

	Abhängige Variable: Ungleichheit		
	ist zu groß	wird durch Sozialstaat reduziert	schadet der Wirtschaft
Politisches Milieu: links (Ref.)			
Politisches Milieu: Mitte	0,01 (0,03)	-0,06 (0,03)*	-0,04 (0,03)
Politisches Milieu: rechts	-0,05 (0,05)	-0,13 (0,06)**	-0,09 (0,06)
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur privat (Ref.)			
Absicherung gegen Lebensrisiken: überwiegend Staat	0,07 (0,06)	-0,06 (0,14)	0,03 (0,09)
Absicherung gegen Lebensrisiken: deutlich überwiegend Staat	0,14 (0,10)	-0,01 (0,11)	0,01 (0,10)
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur Staat	0,11 (0,05)**	-0,06 (0,14)	0,04 (0,08)
Wahrnehmung der Absicherung durch Sozialstaat: gar nicht abgesichert (Ref.)			
kaum abgesichert	-0,00 (0,06)	0,05 (0,04)	-0,09 (0,08)
gut abgesichert	-0,07 (0,05)	0,06 (0,05)	-0,08 (0,05)
umfassend abgesichert	-0,12 (0,09)	0,12 (0,04)***	-0,10 (0,09)
Ich brauche gar keinen Sozialstaat (Ref.)			
Ich brauche den Sozialstaat kaum	0,08 (0,05)*	0,03 (0,08)	-0,16 (0,18)
Ich brauche den Sozialstaat	0,17 (0,09)*	0,10 (0,10)	-0,02 (0,10)
Ich brauche den Sozialstaat in allen Dimensionen	0,17 (0,04)***	0,13 (0,06)**	-0,00 (0,10)
N	984	965	960
Log Likelihood	-451,90	-499,66	-435,51
AIC	927,80	1.023,33	895,02
BIC	986,50	1.081,79	953,42
R ² (Tjur)	0,026	0,028	0,018

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen. R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Tabelle A.4: Modell 3.A: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Finanzierungsformen – Individuelle Charakteristika

	Abhängige Variable: Finanzierung durch						
	Leistungen nur für StaatsbürgerInnen	höhere Steuern auf Grundstücke	Erbschaftssteuer	höhere SV-Beiträge	weniger Leistungen	höhere Einkommenssteuer	
Altersgruppe: 18–29 Jahre (Ref.)							
Altersgruppe: 30–39 Jahre	0,17 (0,06)***	0,07 (0,03)**	0,10 (0,06)*	-0,08 (0,06)	0,01 (0,05)	-0,11 (0,04)***	
Altersgruppe: 40–49 Jahre	0,14 (0,06)**	0,08 (0,03)**	-0,01 (0,06)	0,01 (0,06)	0,01 (0,05)	-0,05 (0,04)	
Altersgruppe: 50–59 Jahre	0,14 (0,06)**	-0,01 (0,04)	0,12 (0,06)**	0,04 (0,06)	-0,02 (0,05)	-0,09 (0,04)***	
Altersgruppe: >60 Jahre	0,21 (0,06)***	-0,00 (0,04)	-0,06 (0,05)	-0,02 (0,05)	-0,12 (0,05)**	-0,14 (0,03)***	
Geschlecht: männlich (Ref.)							
Geschlecht: weiblich	0,07 (0,04)*	0,02 (0,03)	-0,07 (0,04)**	-0,01 (0,04)	0,04 (0,03)	0,07 (0,03)**	
Bildung: Pflichtschule/Lehre (Ref.)							
Bildung: Matura	-0,10 (0,05)*	-0,03 (0,03)	0,10 (0,05)**	0,09 (0,05)*	-0,02 (0,04)	0,05 (0,04)	
Bildung: Hochschule	-0,23 (0,05)***	-0,02 (0,04)	-0,05 (0,05)	0,00 (0,05)	-0,15 (0,04)***	-0,00 (0,04)	
Migrationshintergrund: nein (Ref.)							
Migrationshintergrund: ja	-0,24 (0,04)***	-0,06 (0,03)*	-0,07 (0,04)*	0,09 (0,04)**	0,06 (0,04)	0,05 (0,04)	
Eigentum am Hauptwohnsitz: nein (Ref.)							
Eigentum am Hauptwohnsitz: ja	-0,00 (0,04)	0,13 (0,03)***	0,06 (0,04)*	-0,01 (0,04)	0,07 (0,03)*	-0,02 (0,03)	
Wirtschaftliche Lage: (sehr) schlecht (Ref.)							
Wirtschaftliche Lage: gut	0,07 (0,05)	0,04 (0,03)	0,08 (0,05)*	-0,01 (0,05)	0,15 (0,04)***	0,06 (0,04)	
Wirtschaftliche Lage: sehr gut	-0,12 (0,07)*	-0,10 (0,05)**	0,05 (0,06)	-0,08 (0,06)	0,18 (0,06)***	0,01 (0,05)	
Gewerkschaftsmitglied: nein (Ref.)							
Gewerkschaftsmitglied: ja	0,07 (0,04)	-0,04 (0,03)	-0,02 (0,04)	-0,02 (0,04)	-0,00 (0,04)	0,03 (0,03)	
Erfahrung Prekariat: nein (Ref.)							
Erfahrung Prekariat: ja	0,05 (0,04)	-0,04 (0,02)*	-0,01 (0,04)	0,03 (0,04)	-0,02 (0,03)	-0,04 (0,03)	
Konservativer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Konservativer Sozialstaat: stimme eher zu	0,20 (0,04)***	0,08 (0,03)***	0,06 (0,04)	0,14 (0,04)***	0,12 (0,04)***	0,09 (0,03)***	
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Sozialdemokratischer Sozialstaat: stimme eher zu	-0,15 (0,06)**	-0,07 (0,04)*	0,13 (0,06)**	0,16 (0,05)***	-0,11 (0,05)**	0,11 (0,04)***	
Liberaler Sozialstaat: stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Liberaler Sozialstaat: stimme eher zu	0,19 (0,04)***	0,04 (0,03)	-0,07 (0,04)*	0,02 (0,04)	0,20 (0,04)***	0,10 (0,03)***	
N	823	811	817	825	819	830	
Log Likelihood	-548,24	-430,67	-611,83	-611,60	-508,02	-466,52	
AIC	1.130,48	895,35	1.257,66	1.257,19	1.050,03	967,04	
BIC	1.210,60	975,22	1.337,66	1.337,35	1.130,07	1.047,30	
F ² (Tjur)	0,174	0,055	0,062	0,030	0,055	0,084	

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen.
 R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Tabelle A.5: Modell 3.B: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Finanzierungsformen – Wahrnehmung von Ungleichheit und politische Einstellungen

	Abhängige Variable: Zustimmung zum						
	Leistungen nur für StaatsbürgerInnen	höhere Steuern auf Grundstücke	Erbchaftssteuer	höhere SV-Beiträge	weniger Leistungen	höhere Einkommenssteuer	
Politisches Milieu: links (Ref.)	0,26 (0,04)***	0,07 (0,05)	0,09 (0,04)**	0,00 (0,04)	0,16 (0,04)***	0,01 (0,04)	
Politisches Milieu: Mitte	0,37 (0,04)***	-0,22 (0,06)***	-0,23 (0,05)***	-0,05 (0,06)	0,15 (0,07)**	-0,04 (0,05)	
Politisches Milieu: rechts							
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur privat (Ref.)							
Absicherung gegen Lebensrisiken: überwiegend Staat	-0,09 (0,16)	-0,14 (0,16)	0,18 (0,16)	-0,25 (0,11)**	0,08 (0,16)	0,18 (0,20)	
Absicherung gegen Lebensrisiken: deutlich überwiegend Staat	-0,14 (0,16)	-0,09 (0,16)	0,24 (0,17)	-0,18 (0,15)	0,03 (0,14)	0,07 (0,14)	
Absicherung gegen Lebensrisiken: nur Staat	0,01 (0,17)	-0,15 (0,16)	0,19 (0,18)	-0,17 (0,13)	0,04 (0,15)	0,11 (0,19)	
Wahrnehmung der Absicherung durch Sozialstaat: gar nicht abgesichert (Ref.)							
kaum abgesichert	-0,01 (0,07)	0,15 (0,07)**	-0,02 (0,07)	0,17 (0,08)**	-0,06 (0,07)	0,02 (0,08)	
gut abgesichert	0,10 (0,07)	0,24 (0,06)***	0,07 (0,07)	0,27 (0,06)***	0,06 (0,06)	0,14 (0,06)**	
umfassend abgesichert	0,05 (0,08)	0,35 (0,06)***	0,23 (0,08)***	0,33 (0,07)***	0,16 (0,09)*	0,23 (0,10)**	
Ich brauche gar keinen Sozialstaat (Ref.)							
Ich brauche den Sozialstaat kaum	0,03 (0,16)	-0,31 (0,12)***	-0,21 (0,13)	0,10 (0,20)	0,09 (0,16)	0,05 (0,17)	
Ich brauche den Sozialstaat	-0,04 (0,14)	-0,26 (0,12)**	-0,08 (0,14)	0,14 (0,16)	0,02 (0,13)	0,04 (0,14)	
Ich brauche den Sozialstaat in allen Dimensionen	0,03 (0,14)	0,27 (0,11)**	-0,11 (0,14)	0,08 (0,18)	0,14 (0,11)	0,01 (0,14)	
Sozialstaat reduziert Ungleichheit: stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Sozialstaat reduziert Ungleichheit: stimme (eher) zu	-0,11 (0,04)**	0,08 (0,05)*	0,01 (0,04)	-0,02 (0,04)	-0,07 (0,04)	-0,06 (0,04)	
Ungleichheit schadet der Wirtschaft: stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Ungleichheit schadet der Wirtschaft: stimme (eher) zu	-0,03 (0,05)	-0,02 (0,05)	0,07 (0,05)	0,07 (0,05)	-0,05 (0,05)	0,09 (0,04)**	
Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) nicht zu (Ref.)							
Ungleichheit ist zu groß: Stimme (eher) zu	0,05 (0,05)	0,08 (0,05)	0,15 (0,05)***	-0,03 (0,05)	-0,02 (0,05)	-0,05 (0,05)	
N	904	897	898	906	897	910	
Log Likelihood	-665,86	-673,05	-676,16	-673,94	-586,14	-550,18	
AIC	1.361,71	1.376,11	1.382,32	1.377,87	1.202,29	1.130,36	
BIC	1.433,81	1.448,09	1.454,32	1.450,01	1.274,27	1.202,56	
F ² (Tjur)	0,091	0,047	0,060	0,027	0,065	0,024	

*** $p < 0,01$; ** $p < 0,05$; * $p < 0,1$

Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der logistischen Regressionen.

R²: Determinationskoeffizient nach Tjur (2009) für Generalisierte Lineare Modelle für binäre Variablen.

Zusammenfassung

Die Covid-19-Krise machte deutlich, dass der Sozialstaat in Österreich breite Bevölkerungsschichten auch gegen nicht vorhersehbare soziale Risiken absichert, allerdings offenbarte die Krise zugleich die Lücken und Verbesserungspotentiale des österreichischen Sozialstaates. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Einstellungen zum Sozialstaat, seinen Leistungen und deren Finanzierung in Österreich auf Basis einer bereits im Jahr 2018 durchgeführten Umfrage. Wir erweitern die bisherige Forschung in mehrere Richtungen: Wir schlagen einen Ansatz zur Messung der Präferenzen für verschiedene Wohlfahrtsstaatsmodelle vor, der geeignet ist, individuelle Ambivalenzen zu erfassen, und an den unmittelbaren Lebensrealitäten in verschiedenen Bereichen des sozialen Sicherungssystems andockt. Zudem blicken wir über den Status quo (von vor Covid-19) hinaus und analysieren, in welchen Bereichen ein Ausbau als besonders wünschenswert angesehen wird und wie so ein Ausbau finanziert werden sollte. Wir stellen generell eine sehr große Zustimmung zum österreichischen Sozialstaat fest, gleichzeitig ist die Zustimmung zu einem Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung ausgeprägter als die Zustimmung zum derzeitigen konservativen Modell. Wie frühere Arbeiten zeigen die Ergebnisse, dass der Einfluss individueller Charakteristika auf das präferierte Wohlfahrtsstaatsmodell begrenzt ist, entscheidender sind politische Einstellungen und gesellschaftliche Ansichten. Einen Ausbau des Sozialstaates wünschen sich die in Österreich lebenden Menschen insbesondere in den Bereichen Bildung, Pflege, Gesundheit und beim Umweltschutz. Eine besonders deutliche Zustimmung findet die Finanzierung so eines Ausbaus über die Besteuerung von Vermögen, Einsparungen in der Verwaltung, die eigentlich ein geringes Finanzierungspotential aufweisen, wie auch über höhere Steuern für Unternehmen.

Abstract

The Covid 19 showed that the Austrian welfare state protects broad sections of the population against unforeseeable social risks. The crisis also revealed gaps and potential for improvement in the system. This article deals with the attitudes towards the welfare state, its benefits and their financing in Austria. Based on a survey conducted in 2018 we extend previous research in several directions: We propose an approach to measuring preferences for different welfare state models suitable to capture individual ambivalences. Our approach is aligned with the immediate realities of life in different areas of the social security system. In addition, we look beyond the status quo (from before Covid-19) and analyze areas in which an expansion of the welfare state is seen as particularly desirable and how respondents believe such an expansion should be financed. In general, we find a very high approval of the Austrian welfare state. With approval of a social democratic welfare state being more pronounced than the approval of the current conservative model. Like previous work, the results show that the influence of individual characteristics on the preferred welfare state model is limited. Political attitudes and social views are more decisive. A majority of people living in Austria would like to see the welfare state expanded, especially in the areas of education, care, health and environmental protection. People prefer financing such an expansion through wealth taxes, savings in administration cost (which actually have little financing potential), as well as through higher taxes on companies.

Schlüsselbegriffe: Wohlfahrtsstaat, Ungleichheit, Umverteilungspräferenzen, Finanzwissenschaft.

Keywords: Welfare State, Inequalities, Preferences for Redistribution, Public Economics.

JEL-Codes: H11, H20, I31, I38.